

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
10. Mai 1918

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Rorippweg 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Das Frauenwahlrecht in aller Welt.

Der Kölner Hochschulprofessor und Staatsrechtslehrer Dr. Stier-Somlo hat im Verlage von Dietrich Reimer (Berlin) eine Arbeit über das parlamentarische Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt erscheinen lassen. Stier-Somlo, ein Anhänger des gleichen Wahlrechts, wenn es mit gewissen Sicherungen gegen die Vorherrschaft der Arbeiterklasse im Staatsleben umgeben ist, widmet in seinem Buche auch dem Frauenstimmrecht ein bemerkenswertes Kapitel und erklärt sich für das Frauenstimmrecht. Er widerspricht der Behauptung, daß die durchschnittliche Gleichgültigkeit der Frau gegenüber politischen Fragen das Kennzeichen einer bestimmten Anlage sei, sondern führt sie, wie wir, auf das Ergebnis der Geschichte und Erziehung zurück. Zutreffend führt Stier-Somlo für das Frauenstimmrecht die immer größere Kreise ziehende Beteiligung der Frau am wirtschaftlichen Leben und die erstaunlich wachsende Berufsarbeit außerhalb des Hauses an. Ferner spricht er aus: „In derselben Richtung wirkt aber auch die Einsicht, daß gewisse Aufgaben, die mit dem öffentlichen Wohle aufs innigste zusammenhängen, unter Zuhilfenahme des Frauengeistes, der Frauenkraft und der Frauenerfahrung besser als ohne sie erfüllt werden können. Das gilt zum Beispiel für die Fragen der Volkswohlfahrt im allgemeinen, der Jugenderziehung und Jugendpflege, einer ganzen Reihe von sozialpolitischen Aufgaben überhaupt.“

Gegen die Philisterrprüche, daß der politische Streit nicht in die Familie getragen werden dürfe, wendet Stier-Somlo treffend ein, daß dies eine allzu tiefe Auffassung der politischen Betätigung sei: „Wenn immer es sich hierbei um die letzten und wichtigsten Fragen des Gemeinwesens handeln kann, ist eine Auseinandersetzung darüber unter den politisch reif gewordenen Angehörigen einer Familie durchaus im Rahmen kultureller Bestrebungen und geistiger Höherentwicklung. Überdies gehört jede Auseinandersetzung über staatspolitische Dinge zu den Angelegenheiten, die innerhalb des Familienkreises auf die Dauer gar nicht entbehrt werden kann und heute schon mehr, als die Gegner des Stimmrechts wissen, auf der Tagesordnung steht.“

Diesen grundsätzlichen Bemerkungen fügt Professor Stier-Somlo eine eindrucksvolle Zusammenstellung über den bisherigen Siegeszug des Frauenwahlrechts in den Kulturstaaten der Welt an. Wir müssen uns hier mit einem knappen Auszug begnügen.

Das Ursprungsland der Frauenstimmrechtsbewegung ist Amerika, wo sie bis in das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert zurückreicht. In den nordamerikanischen Staaten Virginia, New York, Massachusetts, New Hampshire waren die Frauen schon 1699, 1777, 1780 und 1784 im Besitz der politischen Rechte. Seit 1787 wurden diese Rechte in einer Reihe weiterer nordamerikanischen Staaten den Hausbesitzerinnen oder den die Familien ernährenden Frauen zuerkannt, jedoch 1807 wieder entzogen. Im Jahre 1848 setzte die eigentliche amerikanische Frauenstimmrechtsbewegung ein und erreichte

nach zähen Kämpfen das politische Wahlrecht der Frau in den Staaten Wyoming (1869), Colorado (1893), Idaho und Utah (1896), Washington und Kalifornien (1910), Oregon, Kansas und Arizona (1912), Alaska (1913), Kentucky und Michigan, Nevada und Montana (1914). In den meisten dieser Staaten ist den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu allen staatlichen und Unionskörperschaften verliehen, ebenso zu allen öffentlichen Ämtern einschließlich der Präsidentenwürde. Das Wahlrecht ist zwar überall ein allgemeines, doch wird in einzelnen Staaten eine verschieden lange Aufenthaltsdauer von den Wählern verlangt. In weiteren zehn nordamerikanischen Staaten ist die Einführung des Frauenwahlrechts nur noch eine Frage der Zeit.

In dem nördlich von den Vereinigten Staaten liegenden Kanada wurde in den Provinzen Manitoba, Alberta und Saskatchewan den weiblichen Bürgern das volle aktive und passive Wahlrecht zu den Provinzialkörperschaften verliehen. Kenner des Landes behaupten, daß in kurzer Zeit die Frauen auch das Wahlrecht zu dem Staatsparlament erhalten werden.

In Neuseeland erhielten sie 1893 das allgemeine aktive Wahlrecht zu Unterhaus und Senat, sie sind jedoch nicht wählbar. In den Vereinigten Staaten von Australien besitzen sie seit 1902 das allgemeine aktive, seit 1912 auch das passive Wahlrecht, und zwar zum Senat wie zum Unterhaus. Auch in den Einzelstaaten wurde ihnen das Wahlrecht zu beiden gesetzgebenden Körperschaften zuerkannt, nicht jedoch die Wählbarkeit, mit Ausnahme von Südaustralien.

In England waren die Frauen zunächst im Besitze des politischen Wahlrechts; es wurde ihnen aber im Jahre 1832 durch die Reformakte wieder genommen. Eine starke Bewegung setzte 1851 ein, die mit wechselnder Lebendigkeit bis zum Ausbruch des Weltkrieges anhielt. Der Krieg hat in England, wo bekanntlich in den letzten Friedensjahren die Zusammenstöße zwischen Stimmrechtlerinnen und Stimmrechtsgegnern besonders heftig waren, den letzteren das Rückgrat gebrochen. Im Jahre 1917 hat das Abgeordnetenhaus mit 385 gegen 45 Stimmen das Frauenwahlrecht grundsätzlich in das Wahlrechtsgesetz aufgenommen. Der Minister des Innern Crewe erklärte am 23. Mai 1917, daß durch den Gesetzesentwurf sechs Millionen weiblicher Wähler, von denen fünf Millionen verheiratet sind, neu geschaffen werden.

In Schweden gibt es eine Frauenstimmrechtsbewegung seit dem Jahre 1856. Schon seit dem Jahre 1862 besitzen die schwedischen Frauen das kommunale Wahlrecht, und zwar auch die verheirateten Frauen, sofern sie eigenes Einkommen haben, das zuweilen nur zehn Kronen zu betragen braucht. Seit dem Jahre 1909 sind die Frauen auch wählbar in die Gemeinderäte; es sind bisher etwa 77 Frauen gewählt worden. Das Wahlrecht zum Parlament haben die Schwedinnen noch nicht erringen können.

In Norwegen dagegen hatten die Frauen seit 1907 ein beschränktes Wahlrecht zum Parlament. Es ist 1913 zum allgemeinen Wahlrecht ausgestaltet worden. Die Frauen sind Wählerinnen und wählbar sowohl bei den Gemeindevahlen

als auch bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Bisher konnten jedoch noch keine Frauen Sitze im norwegischen Parlament erobern. Der Umstand, daß es in Norwegen bedeutend mehr Frauen als Männer gibt, könnte übrigens dazu führen, daß dort die Frauen, wenn sie sich entsprechend zusammenschließen, die politischen Richtungslinien bestimmen könnten.

In Dänemark sind seit dem 3. Juni 1916 die Frauen zu beiden parlamentarischen Kammern mit dem gleichen Rechte des Wählens und der Wählbarkeit ausgestattet wie die Männer. Mit den Däninnen haben auch die Frauen Islands das Wahlrecht erhalten.

In Finnland hat die Frau seit 1907 aktives und passives Wahlrecht zum Landtag. Dort sitzen auch seit zehn Jahren weibliche Abgeordnete im Landtag, und zwar waren es 1907 19, 1908 25, 1909 22, 1910 17, 1911 14, 1913 21. Unter den 1913 gewählten sind zwei Doktorinnen der Philosophie, zwei Lehrerinnen, eine Gewerbeinspektorin, zwei Schneiderinnen, elf Hausfrauen und eine ledige Berufslose.

In Holland hat das Verfassungsgefes vom 11. Dezember 1917 den Frauen das Stimmrecht gebracht.

In Ungarn sollen nach dem Ende 1917 eingebrachten Wahlrechtsentwurf Frauen mit einer bestimmten Bildung das aktive Wahlrecht erhalten.

In den deutschen Bundesstaaten und im Reich kämpfen die Frauen noch um die allerersten Schritte zur Anerkennung ihrer politischen Gleichberechtigung. Der preußische Wahlrechtsentwurf, um den jetzt gerungen wird, widmet den Preuzinnen auch nicht ein Wort. Für die Regierungen der Bundesstaaten und des Reiches gibt es wohl Millionen deutscher Frauen als willige Arbeiterinnen, jedoch kennen sie keine Staatsbürgerinnen. Die gesamten bürgerlichen Parteien stehen, von lobenswerten persönlichen Ausnahmen abgesehen, auf demselben Wall gegen den Fortschritt der Frauenrechte. Die deutschen Frauen werden aber aus dem Siege des Stimmrechts in so vielen Staaten der Welt die berechtigte Hoffnung schöpfen, daß auch in Deutschland die Bewegung in naher Zukunft zu entscheidenden Erfolgen führen muß. * *

Begegnung.

Vor unserm Graben, draußen im Wald,
Lagen fünf Tote in die Erde gekrallt.
Anemonen sproßten empor,
Ein Mädchenschöner Blumenflor,
Die sich in aller Demut neigen
In der fünf Toten abgründiges Schweigen.

Der eine mit braunem, goldigen Bart,
Mit Händen, schlank und kinderzart,
Hob in die Sonne das gelbe Gesicht
Und sah den leuchtenden Frühling nicht.
Ich glaube, es war ein tiefer Denker,
Ein Alledurchwähler und Allesverschenker.

Die anderen lagen bei Busch und Baum
Im leise rausenden Waldesraum.
Nichts hat ihre Herkunft erzählt.
Die Hände waren grob und zerquält,
Arbeiterhände, die vom frühen Morgen
Bis in die Nacht schaffen und sorgen.

Ich war auf Posten hinausgestellt,
Auf Posten in die blutige Welt.
Fünf tote Franzosen lagen dabei
Und auf den Höhen stolzierte der Mai!
Ich hab' eine Handvoll Blumen gebrochen.
Mein Herz hat wilde Worte gesprochen. M. Warthel.

Schweigen und arbeiten?

Mit welchen Worten könnte man besser die Leistung der Frau in drei langen Kriegsjahren bezeichnen:

Schweigen und arbeiten.

Zu den Heldentaten des Mannes draußen an der Front hat sie nicht minder heldenhaft und gleichwertig an stiller Kraft und Entfagung die Taten der Frau daheim gefesselt. Ja, vielleicht ist ihre Tat noch höher zu werten. Denn was der Mann leistete, war schließlich nur die Krönung jahrzehntelanger Vorbereitung und Erziehung. Die Frau aber schuf ihre Werke aus dem Nichts. Sie mußte erst die Ketten zerbrechen, die Sitte, Gewöhnung und Erziehung um sie geschlagen.

Und sie zerbrach sie. Und in einer Zahl, in einer Größe der Leistungen wie nie zuvor in der Geschichte — trat sie als gleichwertige Genossin an die Seite des Mannes.

Schweigen und arbeiten.

Wer will das Bild malen ihrer Taten, wo immer sie für den Mann einprang in Landwirtschaft und Gewerbe, in Handel und Industrie, auf dem Lande wie in der Stadt. Was sie geleistet hat allüberall, war nicht nur unentbehrlich, es war entscheidend für die Durchführung des Kampfes um unser Heimatland.

Wer kann mit Worten schildern, was uns Männern draußen in Feindesland die deutsche Frau gewesen ist. Was sie uns gegeben hat mit ihrer Liebe, von der uns ihre Briefe und Gaben erzählten?

Wer will ermessen, was sie geschaffen hat im Erhalten und Wiederaufbauen? Was Männerfüuste zerstört und vernichtet, Frauenhände haben sich lindernd und heilend auf die Wunden gelegt. —

Wer will es uns singen, das Hohelied der Frauenarbeit?

Schweigen und arbeiten.

Die Frau schwieg, als man ihr ihre Liebsten entriß. Die Mutter gab ihr Kind, die Frau den Gatten, die Braut den Liebsten. Sie alle gaben stumm mit erhabener, rührender Opferbereitschaft.

Und Gatten, Söhne, Väter und Brüder starben zu Tausenden und aber Tausenden. In schier endloser, erschütternder Zahl. Und ebenso viele kehrten heim als Krüppel, gebrochen an Leib und an Seele. Und die Frauen sahen, wie zerbrach, was ihnen Lebensglück, ja mehr: was ihnen Lebensinhalt gewesen.

Den Müttern sank in ihren Söhnen ihr Lebenswerk, ihr Leben selbst dahin. Die Bräute begruben mit den Geliebten die Hoffnungen, die Frühlingsträume ihrer Jugend. Sie alle tragen ihr Leid — still und stumm.

Die Frauen schwiegen und arbeiteten. Das wird auch bei uns anerkannt. Aber in den anderen Ländern — auch in den Ländern unserer Gegner — begnügt sich diese Anerkennung nicht nur mit leeren Worten. Sondern man räumt dort den Frauen im öffentlichen und politischen Leben endlich den Platz ein, den sie als ihr gutes Recht fordern dürfen. Nur bei uns, nur in jenem Deutschland, das doch an der Spitze der Kulturvölker stehen will, sieht es damit noch trübe aus.

Wohl ist Schweigen Gold. Aber diese Zeit hat uns gelehrt, daß das Schwert wertvoller ist als Gold. Und ist Reden nicht oft wie befreiende Schwertesat?

Lange genug — vielleicht zu lange schon — haben die Frauen geschwiegen. Darum sollten sie jetzt hinausrufen in die Welt: Goldene Worte von ihrem Willen und ihrem Sehnen nach Frieden und Freiheit. Kurt Heilbut, zurzeit im Felde.

Ein Wort zur Bevölkerungspolitik.

Je länger der männermordende Krieg andauert, je mehr beschäftigt die Politiker und Staatsmänner die bange Frage: Wie wird der riesige Ausfall an zeugungsfähiger Manneskraft auf das Bevölkerungsproblem der nächsten Jahrzehnte wirken? Soweit man bis jetzt die Verluste an Männern in Deutschland — die anderen Staaten stehen vor der gleichen Tatsache — zu überblicken vermag, werden wir mit einem

Ausfall von etwa drei Millionen Männern zu rechnen haben, die für die Bevölkerungsvermehrung nicht mehr in Frage kommen. Rechnen wir den Geburtenausfall während der Dauer des Krieges noch hinzu, so ergeben sich Ziffern, die zu der ernststen Prüfung zwingen, mit welchen Mitteln die voraussichtlich enorme Verminderung der Geburten auf ein geringes Maß herabgedrückt werden kann.

Soweit die Bevölkerungsfrage eine gesundheitliche ist, wird vom Gesetzgeber versucht, der Prostitution und den Geschlechtskrankheiten auf den Leib zu rücken. Den Reichstag beschäftigt bekanntlich zurzeit ein Gesetzentwurf, der dieser schlimmen Volksgefahr zu Leibe rücken will. Der mit der Vorberatung betraute Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik hat bis jetzt ganz gute Arbeit geleistet; wenn der Widerstand der Regierung hinsichtlich des Behandlungszwanges der Geschlechtskranken gebrochen wird, wenn es ferner gelingt, die Prostituierten aus den Fingern der Polizei zu entfernen, die Gesundheitskontrolle auf beide Geschlechter auszudehnen, dann dürfte man mit dem neuen Gesetz einverstanden sein.

Der zweite Gesetzentwurf zur Bevölkerungspolitik will die verschärfte Bestrafung der Verhinderung der Geburten. Und dieser kommt für die Zukunft der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten besonders in Frage.

Die Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuchs ahnden das „Verbrechen gegen das keimende Leben“ mit Gefängnisstrafen. Man könnte die Motive des Gesetzgebers notdürftig verstehen, wenn er sich mit Strafandrohungen gegen die „gewerbmäßige“ Abtreibung der Leibesfrucht wendet; aber er enthält einen direkten Angriff auf die Persönlichkeitsrechte der Mutter, da die angeführten Paragraphen dieser vorschreiben wollen, ob sie in diesem oder jenem Falle ein Kind zur Welt bringen will oder nicht.

Nach dem ersten Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs „beginnt die Rechtsfähigkeit der Person mit dem Tage ihrer Geburt“. Ein Wesen also, das noch nicht geboren ist, kann auch keine Persönlichkeitsrechte nach den Bestimmungen des Strafrechts in Anspruch nehmen oder dulden. Die herrschenden Klassen aber, die jene Bestimmungen im Interesse der Volks-

vermehrung geschaffen haben, tun so, als ob schon die Eizelle ein mit allen Hilfsmitteln der Strafsjustiz zu schützendes Persönlichkeitswesen sei, und greifen dadurch in die Persönlichkeitsrechte des Weibes ein, das unseres Erachtens ganz allein darüber zu bestimmen hat, ob es Mutter werden will.

Wir alle kennen die Wirkungen der § 218 und 219 des Strafgesetzbuchs. Tausende von Frauen und Männern sind ihnen schon zum Opfer gefallen, und wir können, ohne uns der Übertreibung schuldig zu machen, sagen, daß die deutschen Gefängnisse nicht zureichen würden, wenn alle jene nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuchs bestraft würden, die sich der Abtreibung der Leibesfrucht schuldig gemacht haben. In der Praxis stehen aber die Dinge so, daß 90 Prozent aller Straffälle jene Kreise berühren, die nicht zu den besitzenden Klassen gehören. Es sind die Armen und wegen des unangenehmen Familienzuwachses Verängstigten, die in den Maschen des Gesetzes hängen bleiben. Die begüterte Frau oder die Eheleute aus den oberen Bevölkerungsschichten werden vom Strafrichter weniger bedroht, weil einmal hier die Denunziation keine so erhebliche Rolle spielt und weil ferner die „bessere“ Familie mit Hilfe ihrer materiellen Mittel oder ihres Hausarztes die unerwünschten Folgen des Beischlafs ohne Aufsehen beseitigen können. Die geringe Kinderzahl jener begüterten Kreise spricht für diese Auffassung, wie denn überhaupt die besitzenden Klassen von jeher wohlberechnet ihre Kinderzahl ihren materiellen Daseinsbedingungen anpassen. Die Frauen aus begüterten Kreisen können sich in ihrem Haushalt und für die Kinderpflege alle möglichen Hilfsmittel und Hilfskräfte zur Verfügung halten, und dennoch empfindet diese Frau das viele Kinderkrügen als eine Last. Ein Kind, höchstens zwei oder drei sind in den Kreisen der Besitzenden die Regel.

Dieselben Herrschaften aber nun, die mit Hilfe ihrer Klassenvertretung in den Parlamenten den Staat beherrschen, wollen dem Weib aus dem Volke vorschreiben, daß sie jede Frucht des Leibes zur Welt bringen muß.

Die Proletarier sollen sich vermehren, das wehrfähige Volk muß zu Massenheeren heranwachsen, und je mehr Menschen die herrschenden Klassen ihrem Machtwillen untertan machen

Feuilleton

Wer nicht mehr liebt und nicht mehr irrt,
Der lasse sich begraben.

Goethe.

Zwischen Heimat und Feld.

(Schluß.)

Von Edgar Hahnwald.

(Nachdruck
verboten.)

Auf einem Bummel durch die Stadt. Mir zur Seite mein Bruder, dem die Donner der Misneschlachten noch durch die nächtlichen Träume spuken. Und so von ungefähr standen wir vor meinem Geburtshaus — ein hohes, schmales Haus mit behäbig breitem Tor in einer der engsten Gassen der ältesten Neustadt. Aus dem Tore stutete breit und altväterisch ein kräftiger Ruch nach knarrenden Stiegen, nach gellenden, langhinschallenden Türklingeln am Drahtzug, nach blankem Messing und frischbackenem Brot. Und über der Tür blinkte das Handwerkszeichen der „Bäckerei zur goldenen Brezel“ matt im Laternenschimmer.

Im Nachbarhaus aber — ein prachtvoller Wig des Lebens —, Wand an Wand mit jener Stube, die meine ersten Schreie in die Welt widerhallte, näselte ein Grammophon hinter roten Gardinen, rot wie die Blume Brennende Liebe. Und eine schmaßend jappende Windsangtör entließ eben zwei fröhliche Sünder aus jenem Hause. Gehend henkten sich die beiden Schattengestalten ein und zogen singend ab:

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, sum, sum,
Wenn sie auch die erste ist, sum, sum;
Mädchen, mach mir keinenummer, sum, sum,
Wenn du auch die schönste bist, sum, sum,
Denn es fällt mir ja so schwer, auseinander zu gehn,
Wenn die Hoffnung nicht wär auf ein Wieder — Wiederseh'n!

Am Ende der Gasse blinzelte ein Schutzmansshelm — ein Horkposten der Ordnung.

Leise jankte die goldene Brezel in rostigen Angeln im Takte des davontreibenden Liedes.

Einmal, Sonntag war es, traten wir, mein Bruder und ich, in das Museum im alten Jägerhof.

Zimmer wieder, wenn ich es betrete, fühle ich dem alten, gütigen, gemüthlichen Professor, der diese Dinge sammelte, die Freude darüber nach, daß er endlich dieses Gehäuse für seine Sammlungen fand — der alte Jägerhof ist ja selbst ein Stück dieser Sammlung. Haus und Inhalt konnten sich nicht besser zusammenfinden.

Der Professor war selbst da. Er ging durch die Räume und besah schmunzelnd seine Schätze.

Die — Gott sei's geklagt: wenigen — Besucher des Museums kennen den alten Herrn nicht, sonst mühten sie ihn anlachen zum Dank für sein Museum. Und er würde wahrscheinlich zurücklächeln mit seinem Gesicht eines alten milden Landpastors, in dem ein Schimmer jener leisen, feinen Buffonomie eines Schauspielers alter Schule mitlächelt — immer, wenn ich das Feierabendlächeln des Professors sehe, muß ich an Liliencrons prachtvolle Verse denken, die zur Abschiedsvorstellung eines alten Herrn der Bühne gedichtet sein könnten:

... und langsam, gemacht
Fährt der Siegestwagen ihn nach.
Ein stämmiges Frauenzimmer regiert
Mit der Linken des edlen Gespanns Gebiet.
Wie der Knecht, der an Kuntzen und Kruppen geboren,
Knallt sie vom Stand aus dem Zug um die Ohren.
Hinter ihr raschelt, am Ende der Mäusel,
Ein ununterbrochenes Vorbeergehnel.

können, desto besser ist es. Ungezählte Mütter und Säuglinge gehen nach dem Geburtsakt wegen Mangel an Nahrung und Pflege zugrunde, und kein Gesetz findet sich, das sie schützt!

Die Lehren des Weltkrieges haben allerdings auch unsere bürgerlichen Wohltäter auf die Beine gebracht. Sie sehen, welches die Folgen dieses Krieges auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik sein werden, und sie bemühen sich jetzt, von Mutter- und Säuglingschutz, von Wohnungs- und Familienpflege zu reden. Alle diese Bestrebungen in Ehren, und an ihrer Förderung durch uns soll es wahrlich nicht fehlen; wenn die bürgerliche Gesellschaft aber glaubt, daß nach dem Kriege das proletarische Weib nichts Besseres zu tun wüßte, als für Gott, König und Vaterland eine stattliche Anzahl Kinder in die Welt zu setzen, dann täuschen sich die in Frage kommenden Kreise doch sehr! Der Krieg hat auf das Weib außerordentlich aufrüttelnd gewirkt. Seine Schreden sind ihm im Verlust der Söhne und in seinem entbehrungsreichen Leben zum Bewußtsein gekommen. Und wo der Wille zur Geburtenverminderung noch nicht zur Tat ausgereift ist, da wird die wirtschaftliche Not das entscheidende Wort mitsprechen. Alle Strafandrohungen werden nicht verhindern, daß auch fernerhin das Weib darüber befindet, ob es Mutter werden will oder nicht. Man wird eben Mittel und Wege finden, den gesetzlichen Bestimmungen ein Schnippchen zu schlagen, und in der Tat ist es in den meisten Fällen nur eine Frage des Willens, ob in der Familie ein Kind oder mehr großgezogen werden sollen. Die Empfängnisverhütung läßt sich auch ohne Abortus durchführen.

Es ist erfreulich, daß die sozialdemokratischen Frauen in Berlin zu der Bevölkerungspolitik Stellung genommen und ihre Gegnerschaft zu dem Gesetzentwurf über die Verhinderung der Geburten zum Ausdruck gebracht haben. Derartige Kundgebungen sollten auch in anderen Städten erfolgen und die Frau dort überall auf den Plan gerufen werden, wo sie ihre heiligsten persönlichen Rechte als Mutter gegen die Machtpolitik der herrschenden Klassen verteidigen kann. Nach den Todesopfern des Krieges heißt es das Recht der Lebenden zu schützen!

D. May, zurzeit Soldat.

Wir schlenderten durch die hellen Gewölbe und spürten den leisen Lavendelduft aus Großvätertagen. Und mitten unter diesen Dingen, die der leichte Staub einer als Kind noch erlebten Vergangenheit so rührend macht, hatten wir ein unerwartetes Wiedersehen — sah ich ihn in früheren Tagen nicht? Sah ich ihn mit anderen Augen jetzt in diesem engegedrängten Erleben der Urlaubstage, in deren freie Freude die fernem Hornsignale überender Soldaten im herbstlichen bunten Walde mahnend riefen? — da hing Kasperle. Unser altes Kasperle aus Apels Marionettentheater. Kasperle, der Freund unserer Kindheit, Kasperle, dessen Kunst, mit den Augen zu klappern, uns einst mit jauchzendem Vergnügen und mit Ehrfurcht zugleich erfüllte, dessen Witze und Späße wir schallend belacht, dessen tausend Ängste wir in tiefster Bangigkeit miterlebt, dessen Schlaueit unsere Schlaueit, dessen Freuden unsere Freuden, dessen Schmerzen unsere Schmerzen waren. Die gemalte Welt des Puppentheaters im Lichte der sechs, acht Gasflammen war ja damals unseren Augen eine wirkliche, heiß erlebte Welt, in der all das Unerhörte geschah, das nachts noch in unseren Träumen aufzuckte. Und diese Welt lebte erst recht, wenn Kasperle kam. Und er kam immer, in jedem Stück, und immer in der gleichen schwarzen, mit prächtigem Gold bestickten Pagenkleidung, die er trug in Ritterdramen und im Märchenspiel, in der er Prinzessinnen huldigte und Bösewichter verhöhnzte, in der er Witze riß und Fragen schnitt, prügelte und geprügelt wurde, lachte und nie weinte — Kasperle, dieser arme, freche, treue, großmäulige, geliebte Sancho Pansa, dieser grobgeschnittene Lamme Goetzak aller Puppentheater.

Nun hing er da vor uns — ein lustiges Schaustück eines Museums, in dem sich alle die Dinge ein Stelldichlein geben, die draußen kein Leben mehr haben, draußen in der frischfröhlichen Wirklichkeit —, hing da an den Drähten, die einst

Die Berliner Genossinnen zur Bevölkerungsfrage.

Am 17. April nahmen die Berliner Genossinnen durch eine Vertreterinnenzusammenkunft Stellung zu den bevölkerungspolitischen Problemen und den vorliegenden Gesetzentwürfen.

In einem einleitenden Vortrag behandelte Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz, der Mitglied des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik ist, das Gesamtproblem. Durch den Krieg haben die Fragen der Bevölkerungspolitik eine ganz ungeheure Bedeutung erlangt. Zahlreiche Ursachen hat der Krieg erzeugt, die eine verminderte Zahl und eine verminderte Güte der Geburten befürchten lassen. Demgegenüber steht die dringende staatliche Notwendigkeit, die Zahl der Geburten in die Höhe zu bringen. Aber das ist nicht durch Zwang zu erreichen, es gilt vielmehr, den Willen zur Mutterschaft und auch den Willen zur Vaterschaft zu stärken und die Gebärfruchtigkeit der Frauen wachzurufen. Dazu sind notwendig sozialwirtschaftliche, sozialhygienische, sozialrechtliche Maßnahmen. Allgemein handelt es sich dabei um Schaffung gesunder Lebensverhältnisse; im besonderen um auskömmlichen Lohn des Mannes, um Hebung des Wohnungs- und Siedlungswesens, um das große Kapitel des Schutzes für Mutter und Kind, als da ist Schwangeren-, Wöchnerinnen-, Säuglings-, Kleinkinder-, Jugend-, lichenfürsorge; auf dem Gebiete der Schule um Unergeltlichkeit des Unterrichts, der Schulentzinsen, der Verpflegung, der Möglichkeit des Aufstiegs zu höherer Bildung; im weiteren um Eheerleichterungen, Unterstützung kinderreicher Familien. Ferner um Schutz der Männer und Frauen vor Krankheiten, die den Geburtenzuwachs hemmen, Gleichberechtigung der unehelichen Mutter und ihres Kindes.

Ob und inwieweit den hier aufgestellten Forderungen die beiden dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe, der Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Entwurf gegen die Verhinderung der Geburten, auch tatsächlich gerecht werden, diese Fragen hatten Fräulein Dr. med. Bygodzinski und Frau Marie Juchacz aufzuwerfen und zu prüfen. Dabei kam die erstere in ihrem mit großer Spannung angehörten fachwissenschaftlichen Referat zu dem Schluß, daß der Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit den erforderlichen Verbesserungen vom ärztlichen und vom Frauenstandpunkte zu begrüßen, der andere von den gleichen Standpunkten aus aber durchaus abzulehnen ist. Die unbeschränkte Kindererzeugung, die Zeugung gewisser Früchte, die schon vor der Geburt zur Minderwertigkeit verdammt sind, ist zu verwerfen und ihre Verhinderung zu unterstützen. Dabei kommen in Betracht die

feinen Armen, Weinen, Augen und seinem unsterblichen Mantel das geheimnisvolle Leben gaben. Und noch immer trug er das schwarze goldgestickte Wams, die pudigen Bluderhosen und das treuherzige Barett mit der dreifachen Fahnenfeder. Und wir standen vor ihm, angeleitet von einem Hauche aus der Kindheit, in der wir im Märchenbuch lasen und es aufs Wort glaubten: Scharaffenland liegt drei Meilen hinter Weihnachten.

Mein Bruder zog, ein wenig zag und sagte, an einem der Drähte — da klappte Kasperle mit Maul und Augen, pudig, ganz wie damals, aber langsamer und nur einmal — die plötzliche Regung eines eben Verstorbenen. Und dann starrte er wieder frech und geheimnisvoll feigend an uns vorbei in eine unsichtbare Ferne. Er zeigte, ein Gestalt gewordener Witze und eine heimliche Sehnsucht im Narrenleid, und schwieg sich über alles aus, was er einst so drollig und lebensstoll zu sagen wußte. Und zwischen uns und ihn senkte sich ein feiner trennender Flor.

Die Räder hämmern und der bunte Kreisel surrt.

Am Faden der Erinnerung sind die Erlebnisse dicht beieinander aufgeschnürt.

Der kleine wollige Theddy sitzt auf meinem Anie und erinnert mich mit seinen Blinkeraugen an ein anderes Spielzeug.

Mein Freund zeigte es mir — es war vor Jahresfrist, als uns — er wie ich Soldat seit Kriegsbeginn — ein kurzer Urlaub nach langer Trennung wieder die Hände drücken ließ.

Und das Spielzeug, das er mir zeigte, war ein kleines Holzpferd, ein armseliges, bescheidenes Ding mit nur drei Beinen und ohne Kopf, das vergessene Spielzeug eines Kindes. Er fand es im Schutt eines zerflossenen belgischen Dorfes im Garten unter verbrannten Bäumen, deren Zweige noch vor Tagen spielende Kinder beschatteten. Und die stumme Sprache

Zeugungen Tuberkulöser, Alkoholiker, Syphilitiker, Taubstummer und der mit gewissen Bluterkrankheiten Behafteten. Auf alle diese Fälle ist in dem Entwurf durchaus keine Rücksicht genommen, so daß in ihm wohl zahlreiche Schäden, aber weder vom Standpunkte des Arztes noch des Volkswirtschaftlers irgendwelche Vorteile sichtbar sind.

Zur Verwerfung dieses Entwurfs, und zwar vom Standpunkte des sich gegen ihn aufbäumenden Fühlens und Denkens der einfachen Frau, kam auch Marie Juchacz. Es sträubt sich das ganze Fühlen dagegen, jede Frau zu zwingen, soviel Kinder in die Welt zu setzen, als nur eben auf natürlichem Wege möglich ist. Sozialhygienische und sozialwirtschaftliche Maßnahmen zur Verminderung der Sterblichkeit erscheinen da viel angebrachter. — Die Vortragenden unterbreiteten der Konferenz folgende Resolutionen:

„Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Groß-Berlins sieht in den Geschlechtskrankheiten eine der schlimmsten Gefahren für die Volksgesundheit und für eine wirksame Bevölkerungspolitik. Als Folge des Krieges befürchtet sie eine starke Vermehrung der Geschlechtskrankheiten und damit unglückliches Elend für zahlreiche Familien.

Die Konferenz begrüßt deshalb alle durchgreifenden und wirkungsvollen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Vor dem zurzeit dem Deutschen Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf vermag sie sich eine nennenswerte Wirkung jedoch nur dann zu versprechen, wenn er in den entscheidenden Punkten gemäß den Anträgen der sozialdemokratischen Mitglieder des Bevölkerungsausschusses verbessert wird.

Im besonderen nimmt die Konferenz Stellung dagegen, daß durch einzelne Paragraphen des Gesetzentwurfs wiederum ein Ausnahmegesetz gegen bestimmte Schichten der weiblichen Bevölkerung geschaffen werden soll. Sie fordert demgegenüber:

1. daß die gesundheitliche Kontrolle geschlechtskranker Personen nicht auf weibliche Prostituierte beschränkt, sondern auf alle Personen beiderlei Geschlechts ausgedehnt wird, die bringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein; 2. daß die polizeiliche Sittenkontrolle aufgehoben wird und gegen Prostituierte zwangsweise lediglich sozialhygienische Maßnahmen zur Anwendung gelangen; 3. daß die Förderung des ärztlichen Gesundheitswesens für die Amme in gleicher Weise auf die zu stillenden fremden Kinder ausgedehnt wird.“

„Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Groß-Berlins lehnt den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten ab. Sie ist der Meinung, daß die mit dem Gesetzentwurf angestreb-

des hölzernen Pferdchens erzählte ihm von der fliegenden Angst einer Mutter, die ihr Kind vom Spiel emporriß und floh, auf fremden Straßen, nackt und bar aller Habe floh vor der heraufziehenden Fackel des Krieges, die schon den Abendhimmel rötete.

Mein Freund nahm das Holzpferdchen mit. Er schleppte es im Tornister durch belgische und französische Lande, er trug es bei sich in der Schlacht bei Dinant und in der Schlacht an der Marne, in den Stürmen vor Verdun, in heißen Nächten bei Craonne und Berry au Bac, und nun erinnerte ihn das geköppte Pferdchen auch an seine Erlebnisse.

Er kam von der Somme, deren furchtbarer Name noch täglich in aller Munde war — ihr Fluch hatte ihn gezeichnet und ihn müde und noch stiller gemacht. Hundert mal hundertmal war er dem Tode entgangen. Aber es lohnte nicht, sich darüber zu freuen: einmal erwischt's einen doch. Abgehakt und zum Tode reif ging er wieder ins Feld, den Schreden dieser Menschenmühle entgegen, denen er kaum entronnen und von denen er nie sprach.

Und einige Monate später, im März des dritten Kriegsjahres zermalmt die Mühle im Westen auch meinen Freund. Eines Tages kam mein Brief mit dem lakonischen Vermerk zurück: „Fürs Vaterland gefallen“.

In seinem letzten Briefe standen die Worte: „Dann werden wir das Leben erst recht zu schätzen wissen, weil es so oft auf dem Spiele stand.“

Ich sitze in der nachtblauen Dämmerung des Abteils. Die Kameraden schlafen. Und auch ich bin müde.

Die Perlenaugen des kleinen Theddybären blinkern mich zufräulich an. Die Finger fühlen das wollige Fell — es ist warm von meiner Hand und scheint zu leben.

ten bevölkerungspolitischen Zwecke nicht nur nicht erreicht, sondern in ihr Gegenteil verkehrt werden, da die vorgesehenen Maßnahmen nicht die Geburtenzahl, wohl aber die kriminellen Abortus vermehren und damit die Gesundheit und die Gebärfähigkeit zahlreicher Frauen schädigen würden. Die Erhöhung der Geburtenziffer ist nicht durch Zwang, sondern durch Stärkung des Willens zur Mutterchaft zu erreichen. Dazu bedarf es in erster Linie einer allgemeinen Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, sowie eines wirklich durchgreifenden Mutter- und Kinderschutzes. Die Frauen sehen daher in den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen ein unzulässiges Eingreifen in die freie Selbstbestimmung der Frau, gegen den sie schärfsten Einspruch erheben.“

Beide Resolutionen wurden von der Konferenz einstimmig angenommen.

Aus unserer Bewegung

Großherzogtum Hessen. In Offenbach sprach in einer Mitgliederversammlung die Genossin Juchacz-Berlin über „Die Gleichberechtigung der Frau in Staat und Gemeinde.“ In Mainz, Worms und Darmstadt lautete das Thema: „Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin.“ Den besten Besuch wies Darmstadt auf, wo sich an die Versammlung noch eine wohl vorbereitete Agitation anschließen wird. In Mainz soll unter den in den Betrieben tätigen Frauen eine besonders intensive Agitation betrieben werden. Eine größere Anzahl Aufnahmen und neuer „Gleichheit“-Leserinnen waren der sofortige Erfolg der Versammlung.

Bezirk Mecklenburg. „Friedenshoffnungen und -wünsche der deutschen Frauen“ hieß das Thema, über das Genossin Juchacz in drei Versammlungen unseres Bezirks referierte. In Schwerin und Wismar hätte der Besuch wohl etwas besser sein dürfen. In Lübeck reichte der zur Verfügung stehende Raum nicht aus; da Genossin Stelling hier noch über lokale Dinge sprach, war es möglich, die Versammlung in zwei Räumen abzuhalten, indem beide Referenten sich ablösten. Auch diese Versammlungen haben uns für die „Gleichheit“ und die Partei wieder einen Erfolg gebracht.

T. H. Stettin. Mehr Rechte den Frauen! Eine überaus schwere Zeit, die besonders hohe Anforderungen an die Frauenschaft stellt, haben wir jetzt im Kriege zu überstehen. Dies hat in eingebender Weise Genossin Juchacz in einer Frauenversammlung im März dargestellt. Außerordentliche Pflichten, Mühen und Entbehrungen hat der Krieg den Frauen als Müttern und Arbeiterinnen auferlegt.

Ich schiebe das Spielzeug in die Tasche und schließe die Augen. Raslos stürmt der Zug durch die tiefe Nacht. Der Lichtschein der Fenster huscht über brache Äcker, über herbstwelke Bäume und frierende Gräser.

Draußen, weit und dunkel und endlos, kreist das russische Land. Und die Räder hämmern ihren unerbittlichen Takt. Ramtantam — ramtantam — ramtantam.

Der Schalk.

Läuten kaum die Maienglocken	Und nun wehen Lerchenlieder,
Leise durch den lauen Wind	Und es schlägt die Nachtigall,
Hebt ein Knabe, froh erschrocken,	Rauschend von den Bergen nieder
Aus dem Grase sich geschwind,	Kommt der hüble Wasserfall,
Schüttelt in den Blütenfloken	Rings im Walde bunt Gefieder: —
Seine feinen, blonden Locken,	Frühling, Frühling ist es wieder
Schelmisch sinnend wie ein Kind.	Und ein Zauchzen überall.

Am den Knaben hört man schwirren,
Goldne Fäden, zart und lind,
Durch die Lüfte künstlich wirren —
Und ein süßer Krieg beginnt:
Suchen, Gleichen, schmachtend Irren,
Bis sich alle hold verwirren. —
O beglücktes Labyrinth!

Jos. v. Eichendorff.

Dichter des Krieges und der Arbeit.

Bei Ausbruch des Krieges erlebten wir eine Überraschung: die anerkannten Größen im Reiche des Geistes fanden nicht den Abstand von dem Ereignis, um ihm einen starken, bleibenden künstlerischen Ausdruck zu verleihen. Zwar fehlte eine Hochstuf literarischer Erzeugung ein; Haß- und Kampfsprüche wurden angestimmt, meist un-

Eine Frage, die in diesem Zusammenhange die Frauen besonders interessiert, ist die nach dem gleichen Wahlrecht für die Frauen. Auch bis tief hinein in die bürgerlichen Kreise interessiert man sich jetzt für diese Frage. Das hat sich auch in einer Versammlung des hiesigen Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei gezeigt. In dieser bedauerten Frau Gronemann und Frau Schrey die Haltung der fortschrittlichen Fraktion, die diese bei den gegenwärtigen Verhandlungen zur Frage des Frauenwahlrechts einnehme. Dadurch werde die liberale Arbeit unter den Frauen beeinträchtigt. Aber mit dem Bedauern allein wird eine Besserung nicht erreicht. Es kommt darauf an, daß gehandelt wird. In einer Reihe von Städten, so in Berlin, Frankfurt a. M., Stuttgart und Bremen sind die freigeitlich gesinnten Frauen der verschiedensten Parteien zusammengetreten und haben gemeinsam die Forderung auf Erweiterung der Frauenrechte erhoben. Die sozialdemokratisch organisierten Frauen waren hierbei stets mit an erster Stelle vertreten. Nach der Behandlung der Wahlrechtsfrage in der zweiten Lesung des Verfassungsausschusses des preussischen Landtags und der Ablehnung des Stimmrechts der Frauen in städtischen Deputationen durch das Herrenhaus, erscheint ein solches gemeinsames, öffentliches Auftreten erst recht geboten.

Genossinnen! Für uns ist es jedenfalls höchste Zeit zu handeln! Liberal müssen wir in fortwährender Agitation den arbeitenden Frauen zeigen, daß sie nur in der sozialdemokratischen Partei ihre Rechte voll vertreten und gewahrt finden. Alle arbeitenden Frauen in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu vereinigen, muß daher unser Ziel sein!

Bezirk Westpreußen. Hier sprach Genossin Juchacz in Elbing, Graudenz und Danzig vor zahlreichen Frauen über das Thema: „Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin.“ Die Rednerin konnte sich größter Aufmerksamkeit erfreuen. Die Partei gewann eine ganze Anzahl neuer Mitglieder und die „Gleichheit“ neue Abonnenten.

Die erste Sozialdemokratin im dänischen Parlament. In Dänemark haben in der zweiten Hälfte des April die Wahlen zum Folkething stattgefunden. Zum ersten Male beteiligten sich nach dem neuen Wahlrecht, das den Frauen die Gleichberechtigung verleiht, die Frauen an der Wahl. Das Wahlergebnis, das mit einem Siege des demokratisch-sozialdemokratischen Blockes endigte, macht der politischen Reife der dänischen Frauen alle Ehre. Es wurden vier Frauen gewählt, von denen zwei zur konservativen Partei, die andern beiden zur Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei gehören.

„Sünlänglich und gelüchelt in der Form, unwahr und banal im Inhalt, ja oft voll erschreckender Roheit, gesteigert zu Berberität und Albernheit. (Wierordt, Holz, Vissauer, Dehmel, Gerhart Hauptmann!)“

Nur einige wenige waren es, denen die Erschütterung Kraft verlieh, ihr Erleben in tiefe, reife, schmutzlose Reime zu zwingen. Unbekannte waren es, wie der österreichische Jude Zuckermann, dessen von aufrechter Schwermut getragenes „Reiterlied“ leben wird, solange es eine Erinnerung an diesen Krieg gibt; dichtende Arbeiter wie der rheinische Stesselschmied Lersch, die Fabrikler Barthel und Bröger wurden zu Sängern der Volksseele.

Fern allem Haß, fern aller „Waffenfreude“ offenbarten sie tapferen Mannesmut, klaren beherrschten Zukunftswillen, trauernde Menschlichkeit.

„Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen!“ rief Heinrich Lersch.

„Herrlich zeigte es deine größte Gefahr,
Daß dein ärmster Sohn dein getreuester war.
Denk es, o Deutschland!“

mahnt Karl Bröger. Und Max Barthel singt im Argonmentwald:

„Mein Leben blüht mit allen Dingen auf im Land,
Wer weiß, vielleicht schon morgen dort's im Sand.
Darum sei jeder Augenblick mir neu geprägt —
Ich will die höchste Form, bis mich der Tod zerschlägt!“

In diesen Zitaten, die den in der „Gleichheit“ schon gewürdigten ersten Gedichtsammlungen der drei Arbeiterdichter entnommen sind, werden die verschiedenen Wesenheiten ihrer Schöpfer angedeutet. Nun ist eine weitere Folge ihrer lyrischen Arbeiten erschienen*, die ein abschließendes Urteil zuläßt.

Heinrich Lersch ist Katholik und moderner Arbeiter, ausgewachsen in der gigantischen Welt der niederrheinischen Eisenindustrie.

* Heinrich Lersch, Deutschland! Lieder und Gesänge von Volk und Vaterland. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.—. Karl Bröger, Soldaten der Erde. Neue Kriegsgebichte. Brosch. M. 1.80, geb. M. 2.80. Max Barthel, Freiheit! Neue Gedichte aus dem Kriege. Brosch. M. 2.—, geb. M. 2.80. Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Vom Fortgang des Frauenrechts

Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Berlin W 62, Kleiststraße 36, erläßt zur preussischen Wahlrechtsfrage folgenden Aufruf:

„Der Volksbund für Freiheit und Vaterland ruft alle Männer und Frauen Preußens wie im ganzen Deutschen Reiche auf zu tatkräftiger Arbeit für das gleiche Wahlrecht in Preußen. In den Monaten, da unsere Brüder und Söhne in einem Ringen ohne Gleichen die Unantastbarkeit des Reiches nach außen endgültig sichern, ist es unabwiesbare Pflicht des Heimatheeres, ihnen das Haus im Innern wohllich zu bereiten.“

Die erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts für Preußen im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses muß in weitesten Kreisen tiefste Erbitterung hervorrufen in einem Augenblick, da unsere äußere Lage die Einigkeit der inneren Front gebieterisch verlangt.

Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen bietet unseren Feinden einen neuen Vorwand, um ihre Völker zum sinnlosen Kampf gegen Deutschland aufzustacheln. Wer für das gleiche Wahlrecht streitet, unterstützt unsere Heere und ihre Führer in der schweren Niederringung der feindlichen Truppen und Völker, führt uns einem Frieden näher, der einen gesicherten Bestand des Deutschen Reiches verbürgt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland richtet die dringende Bitte an die Regierung, vor keinem Mittel zur Durchsetzung des gleichen Wahlrechts zurückzusehen, und erklärt, daß er im Kampfe für das gleiche Wahlrecht mit aller Kraft und Entschlossenheit neben der Regierung stehen wird.“

Der Aufruf würde in den Kreisen der freigesinnten Frauen ein lebhaftes Echo finden, wenn darin auch nur mit einem Worte der Notwendigkeit des Frauenwahlrechts gedacht worden wäre. Auch in dem dritten der vom Volksbund in Berlin veranstalteten Vorträge am 21. April, den Fraulein Gertrud Bäumer über das Thema „Friede — Freiheit — Frauen“ hielt, fehlte leider jeder Hinweis auf die neue Freiheit der Frau, die sie im zukünftigen Deutschland haben muß und für die die erste Voraussetzung das Frauenwahlrecht darstellt.

In formgewandter Rede ging die Vortragende davon aus, daß das Frauenschicksal abhängig ist vom inneren Frieden und suchte die Stellung der Frau zu den gegenwärtigen Kriegsproblemen zu durchleuchten. Unter Betonung der kulturellen Bedeutung des Frauen-

Gläubiges Erfühlen der alten Gotteslegenden und das berauschte Erleben der schaffenden Gegenwart verschmelzen sich ihm zur Einheit:

„Maschinen rauschen in heiligen Liedern,
Fabriken sind göttliche Kirchen der Kraft!“

In kräftigen Rhythmen — oft von zu kantigem Guß — läßt er den Krieg vor uns erstehen, gesehen und verwunden mit seinen Augen und seinem Geiste. Da ist Lersch am stärksten, wo er sieht und unmittelbar gestaltet, so im „Eisernen Hauptmann“:

„Stille, Stille —
Hoch über Qualm und Gewühl
Sang eine erste Lerche im Heimatgefühl,
War ihr Lied zur Sonne, perlende Töne
Über der Menschen Gelärm und Gedröhne.“

Und einer lachte und schrie: „Hört nur das Vieh!“
Judeßen hatte beim Feinde die Erde sich aufgetan,
Eine schwankende Mauer, Stölkern, Mann an Mann, schob sich heran;
Gleichende Bajonette vor schwarzen Gesichtern. Ein Riesengelbston
von tausenden Stimmen schrie. . . .“

Bedingter muß die Beurteilung seiner Reflexionen sein. In den Gedichten „Bekenntnis“, „Der preussische Musketier“ spürt man Absicht und Manier, ja das Gedicht „Kriegsanleihe“ mutet wie ein gereimter Leitartikel an. Andere dagegen, wenn die Reflexion sich als Ausschrei dem Erlebnis entringt:

„Ich sehe die Millionen ihre Arme ausbreiten
Nach Ruhe und Frieden. — Und hör sie von neuem aufschreien
Versuchen ihr Leben! [und schreien:
Versuchen den Krieg!
Versuchen den Sieg! Verzeihen
Ihrer Mutter nicht den Tag ihrer Geburt.
Preiseln glücklich den Samen, [zur Erde kamen.
Der im Rann noch begraben und alle Kinder, die niemals
Glücklich, weil sie nicht sind!“ („Der Flieger“.)

Anders ist Karl Bröger. Beherrschter und sicherer im Ausdruck, maßvoller im Pathos und von einer klaren Bildhaftigkeit, die an Silkenron erinnert. Ungleich weiter und darum nicht weniger innig ist sein Vaterlandsbegriff als der Lersch's. Seinem Buche stellt er

wirkens hob sie hervor, daß Kulturbewußtsein nur im Rationalen wurzeln kann. Als tiefste Aufgabe der Geschichte bezeichnete sie es, Leben zu erzeugen, kulturelle Lebendigkeit zu entfalten. In Anknüpfung an ein Soldatenerlebnis: Auffindung des Grabsteines einer Frau, die ihr Leben verlor, als sie einem Kinde das Leben gab, zeigte sie, wie dies das Wesen des Krieges sei und gleichsam ein Symbol: Leben zu opfern, um neues Leben entstehen zu lassen. — Nachdem bei Beginn des Krieges gelegentlich der Erörterung über die Vernichtung belgischer Kunstdenkmäler der Grundsatz ausgesprochen worden ist, das Leben jedes deutschen Soldaten sei kostbarer als alle hier vernichteten Werte, müsse man nun auch folgerichtig sein in der Bewertung der einzelnen Leben, wenn diese für die Erlangung wirtschaftlicher Güter eingesetzt werden sollen. Bismarcks Mahnung an die Annexionisten in Nikolsburg: „Vergessen Sie nicht, daß wir nicht allein sind in Europa“, gelte auch jetzt in vollem Umfange. Im Anfange des Krieges entstand der Geist, der das Frauenleben leiten muß, der Geist, der das Buch „Vom inneren Frieden“ durchzieht, der Geist, in dem auch der Volksbund wirken will. In diesem Geiste sollen die Frauen mitarbeiten an der inneren Neugestaltung, in der sie sich den Boden bereiten für ihren Kulturwillen.

Kein Frauenwahlrecht in Baden. Der Verfassungsausschuß der Zweiten badischen Kammer lehnte mit neun gegen drei Stimmen die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen für den Badischen Landtag ab. Auch die Regierung verhielt sich grundsätzlich ablehnend.

Kleine Mitteilungen. Aus den politischen Frauenvereinen Bremens und den Vertreterinnen der weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ist eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden zu dem Zwecke, die Agitation für das Frauenwahlrecht gemeinsam zu betreiben. Die neue Arbeitsgemeinschaft führt den Namen: Vereinigte Gruppen politisch interessierter Frauen Bremens, Ausschuß für Frauenwahlrecht. — Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogtümer Coburg und Gotha behandelte in seiner Sitzung vom 9. Februar die Denkschrift des Bundes Deutscher Frauenvereine über die Stellung der Frau in der politisch sozialen Neugestaltung Deutschlands. Nach Ablehnung des Antrags der Minderheit, vertreten durch die sozialdemokratische Partei, die Denkschrift der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde der Antrag der Mehrheit einstimmig angenommen: der Landtag wolle die Denkschrift, soweit sie das aktive und passive Wahlrecht der Frau im Staat und in der Gemeinde betrifft, der Staatsregierung als

Material, im übrigen zur Berücksichtigung überweisen. — Die englischen Frauenorganisationen fordern, nachdem den Frauen das politische Wahlrecht zuerkannt wurde, nunmehr die Errichtung eines eigenen Frauenministeriums, das lediglich aus Frauen zusammengesetzt sein soll, und von welchem alle Angelegenheiten behandelt werden sollen, die Frauenarbeit sowie Frauen- und Kinderwohlfahrt betreffen. Die Forderung wird unter anderem damit begründet, daß ein solches Ministerium auch den Vorteil haben würde, die Arbeit der männlichen Ministerien und Departements zu verringern, und dazu beitragen, die überstürzte Behandlung und vor-eilige Entscheidung vieler Fragen zu verhindern. — Die schwedische Regierung hat dem Reichstag eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wählbarkeit der Frauen vorgelegt, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden sollen. — Als erster weiblicher Schulinspektor in Österreich wurde die Lyzeallehrerin Frau Professor Kornelle Wendorfer berufen.

Kapitalabfindungsgesetz und Kriegervitwen.

Der Artikel in Nr. 12 dieser Zeitschrift vom 15. März unter obigem Titel will der irrigen Meinung entgegenreten, als gewähre das „Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung vom 3. Juli 1916“ den sich wieder verheiratenden Witwen einen Anspruch auf Kapitalabfindung, er erweckt andererseits aber die wiederum irrige Meinung, als hätten Witwen in dem oben erwähnten Fall keine Aussicht auf eine Kapitalabfindung. Nur zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die private und kommunale Kriegswohlfahrtspflege mit Zuwendungen helfend eingreifen kann.

Es sei mir gestattet, aus der Praxis der Kriegshinterbliebenenfürsorge kurz darzulegen, wie die Dinge sich in der Tat verhalten. Daß das Gesetz vom 3. Juli der sich wieder verheiratenden Witwen nicht gedenkt, erklärt sich aus seiner Tendenz. Es will die Ansiedlung von Kriegervitwen auf dem Lande ermöglichen und unterstützen und sieht darum eine Kapitalisierung der ganzen oder eines Teils der Witwenrente vor. Eine Ergänzung des Gesetzes bietet der Kriegsministerialerlaß vom 30. Dezember 1916, nach welchem „sämtlichen Kriegsvitwen anlässlich der Wiederverheiratung auf Antrag eine einmalige Abfindungssumme gewährt werden kann. Voraussetzung für die Bewilligung ist das Vorhandensein eines Bedürfnisses und daß für eine nützliche Verwendung des Geldes

das Wort Zarathustras voran: „Ich beschwöre euch, meine Brüder, daß ihr wieder die Erde liebt.“ Das Motiv klingt in vielen der Gedichte an, am vollendetsten in der „Erdenfahrt“. Ein blutjunger Fliegeroffizier, der zum himmlischen Appell antritt, hält eine handvoll Erde umtrampft:

„Hier in hohler Fläche meiner gespreizten Hand
Breitet sich endlos unvergänglich Menschenland.
Rauschende Bäume an einem klaren Strom,
Drimmen spiegeln sich Häuser, ein altersgrauer Dom...
Alles der Krume entseimt, die meine Hand umschlossen hält...
Erde sind meine Gedanken, Erde ist meine Welt...“

Vom Weltempfinden des Sozialisten sind die Strophen durchweht, das gibt ihrem Gehalt das Organische, den ruhigen freien Ausblick:

„... Wenn in würgender Schlacht ein Bruder fällt,
Geht nur sein Leib verloren, bleibt doch sein Werk in der Welt.

Daß kein wirkender Wille von seinem Werke läßt,
Macht den Sinn des Lebens hieblicher und fester.“

Der persönlichste aber ist Max Barthel. Ein Wanderer, ein Faustischer, ein Ungezügelter. Sehnsucht und Inbrunst ist in seinen Versen — nach den Dingen, die außerhalb des Krieges liegen, seinem Wesen entgegenstehen: Arbeit, Liebe, Freiheit und Menschenverbrüderung! Drei Jahre steht er nun schon im Graben und erlebt an sich die Tragik, „Kämpfer zu sein — ohne innere Verurteilung!“ Nicht vaterländische Begeisterung, auch nicht der Glaube, daß der Krieg zu irgend etwas gut sei, gibt ihm Kraft zum Ausschalten. Ich habe ihn einmal darum befragt, da antwortete er mir: „Ich muß bei den anderen sein!“ —

Sein zweites Buch ist müder und abgeklärter. Er hat sich wie zu Goethe auch zu Shakespeare gefunden: Was? Wieder Schwermetall? Dulden muß der Mensch sein Scheiden aus der Welt wie seine Kunst. Reif sein ist alles. Kommt!

„Ach, alle Not und Sehnsucht und Pein
Und alle wilden Stürme veroben...
Wir wollen Soldaten der Menschheit sein,
Das Herz zu fröhlicher Tat erheben.“

Wir wollen aus dieser wütenden Dual
Hinab in die Städte großer Maschinen,
Wir wollen im tausenden, bröhnenden Saal
Der göttlichen Arbeit inbrünstig dienen!“

Die großen Dichter des Bürgertums lebten und wirkten zu einer Zeit, als diese Klasse noch jung und im Aufstieg begriffen war. Nur im Schoße des Kommenden kann der Geist fruchtbar sein und wirken über den Tag hinaus. Friedrich Heibel blieb ein Unvollendeter und Unbefriedigter, weil die Klasse, in der er wurzelte, schon im Verfall begriffen war und seiner Ideenkraft kein Ziel weisen konnte. Die Sicht zu den Zinnen einer aufsteigenden neuen Welt war noch zu weit.

Der Weltkrieg bedeutet den moralischen Bankrott der bürgerlichen Ordnung. Soll es uns nicht eine Zukunftsverheißung sein, daß nur Arbeiterkünstlern Kraft und Berufung gegeben ist, die Gegenwart zu erfassen und von kommenden Dingen zu singen? A. Zidler.

Eine Fabel.

Als der Wolf geboren war und der Lauschaus aufgetragen wurde, fand sich neben den geladenen Gästen auch ein Schwarm Mäuden ein.

„Was wollt ihr hier?“ fragte man sie.

„Summ-Summ: Glück, viel Glück wünschen!“

Der Wolf feierte seine Vermählung, und wieder waren die Mäuden eingeladen beim Mahle:

„Summ-Summ: wir bringen unsern Glückwunsch, unsern Glückwunsch!“

Nun lag er auf dem Sterbebett, müd und alt, und erwartete den Tod.

„Darum seid ihr wieder da?“ fragte er mit schwacher Stimme die Mäuden.

„Summ-Summ: aus Mitleid, aus Mitleid!“

Und bald darauf ließen sie sich schmausend auf seiner Leiche nieder.

Rhs.

Gewähr besteht. Die Entscheidung trifft das Kriegsministerium, Prüfung erfolgt durch die zuständige Intendantur, zu deren Bezirk der Wohnort der Witwe gehört.

In den größeren und mittleren Städten bestehen meist Organe der Kriegshinterbliebenenfürsorge, die für die sich wieder verheiratende Witwe den entsprechenden Antrag an die stellvertretende Intendantur zu stellen bereit sind. In kleineren Orten nimmt sich wohl irgendein Verein der Sache an, auf dem Lande der Landrat.

Die Abfindungssumme für die Witwe eines Gemeinen schwankt zwischen 400 bis 1000 M. Die „nützliche Verwendung des Geldes“ ist ein sehr schwankender Begriff. In einem Fall, der mir vorschwebt, wurde der Antrag damit begründet, daß die Anschaffung von Betten für den neuen Haushalt nötig sei. Es wurden in diesem Fall zuerst 400 M. bewilligt. Ein erneuter Antrag wies auf die gesteigerten Kosten der Anschaffung hin und bat um Nachbewilligung von 200 M. Auch diese wurden gewährt. Das Geld wurde im Einverständnis mit der betreffenden Frau auf die Sparkasse gegeben, das Sparlassenbuch in Verwahrung der Helferin gehalten, die die Pflegschaft über diesen Fall übernommen. Die Anschaffung soll erst nach Beendigung des Krieges erfolgen, da der zweite Ehemann ebenfalls im Heeresdienst ist.

Eine andere sich wieder verheiratende Witwe begründete ihren Antrag auf die Abfindungssumme damit, daß ihr zweiter Ehemann nach Friedensschluß eine Bäckerei eröffnen will. Zu diesem Zweck wurden 1000 M. bewilligt.

Das ist immerhin mehr, als durch private oder kommunale Fürsorgevereine geschehen könnte. Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Artikels in Nr. 12 nach reichsgesetzlicher Regelung dieser Angelegenheit an, um so mehr, als der von mir angezogene kriegsministerielle Erlaß nur für Preußen volle Gültigkeit hat, wenn er auch für die übrigen Bundesstaaten als Norm gilt. Regine Deutsch.

Genossenschaftliche Rundschau

Eine eigenartige Bekämpfung des Konsumvereins leistet sich der Magistrat in Selb i. B. Der Konsumverein mußte sich verpflichten, während des Krieges keine Mitglieder mehr aufzunehmen. Die dem Konsumverein bisher zugewiesene Warenmenge wurde um ein erhebliches gekürzt, damit kleine Privatgeschäfte besser bedacht werden können, deren Inhaber im Heeresdienste stehen. Diese Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften durch den Magistrat verdient entschiedene Zurückweisung.

Der Bayerische Landtag hatte sich mit verschiedenen der Konsumvereine betreffenden Anträgen zu beschäftigen. Vom kriegswirtschaftlichen Ausschuss wurde ein Antrag vorgelegt, der empfiehlt, die den gewerblichen Mittelstand schwer schädigende Konkurrenz von Offizier- und Beamtenkonsumvereinen nach Möglichkeit hintanzuhalten. Die Regierung ließ erklären, daß die Staatsbeamten sich bezüglich der Teilnahme an den Konsumvereinen mehr Schranken auferlegen sollten, sie müßten sich sagen, daß sie sich nicht organisieren dürften, um einem Teil des Mittelstandes sein Brot wegzunehmen. Ein Verbot gegenüber den Staatsbeamten sei nicht möglich, aber die Regierung mißbillige die Beamtenkonsumvereinsbewegung als unerfreuliche Erscheinung. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Eine Eingabe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine um Verdrängung der Konsumvereine in geeigneten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen wurde der Regierung zur Würdigung übergeben.

Im Mecklenburgischen Landtag hatte der Bürgermeister der Stadt Güstrow dem dortigen Konsumverein wegen seiner hervorragenden gemeinnützigen Tätigkeit während des Krieges Anerkennung gezollt. Die „Deutsche Kolonialwaren- und Lebensmittelzeitung“ gibt unwillig zu, daß die Anerkennung des Konsumvereins auf das Versagen der Kleinhändler zurückzuführen sei. Man könne es dem Bürgermeister nicht verdenken, wenn er den Konsumverein verherrliche.

Die Frauen und das Genossenschaftswesen behandelte in einem Vortrag in Mannheim Privatdozent Dr. Gerlach aus Kiel. Er anerkannte die Tätigkeit der Hausfrauenvereine während des Krieges, empfahl aber, diese Einrichtungen im Frieden aufzuheben. Der Bezug und die Verteilung von Lebensmitteln sei Aufgabe der Konsumvereine und könne nur von diesen wirtschaftlich betrieben werden. Die Hausfrauenvereine sollten die heute von ihnen geleistete Arbeit später den Konsumvereinen überlassen. Die Genossenschaft sei das Gegenteil aller Gegensätze, die Frauen schienen für die Mitarbeit in den Konsumvereinen recht geeignet. — In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ geht Professor Dr. Staudinger auf den Vortrag, der im Druck erschienen ist, ausführlich und in anerkennender Weise ein. Die Darlegungen, die auf die erhöhte

Bedeutung der Hausfrauentätigkeit und auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen in den Konsumvereinen hinweisen, verdienen gelegentlich eine ausführlichere Besprechung im Organ der sozialdemokratischen Frauen.

Im Lippeischen Landtag hat man eine Konsumvereinsbesteuerung beschlossen, indem man die bisher davon befreiten Konsumvereine zur Gewerbesteuer heranzog. Merkwürdigerweise wurde der von den Kleinhändlern gewährte Rabatt als steuerfrei erklärt, während die von den Konsumvereinen gezahlte Rückvergütung versteuert werden muß. „Es gilt, das selbständige Kleingewerbe zu schützen gegen die großkapitalistische Richtung der Konsumvereine“, erklärte ein Abgeordneter, der sonst als Amtsrichter der Gerechtigkeit dient.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine tagt am 17. und 18. Juni in Köln. Über die Entwicklung des Zentralverbandes berichtet Kaufmann (Hamburg), über die Tätigkeit des Vorstandes Wästlein (Hamburg). Außerdem werden die Beteiligung der Beamten an der Konsumgenossenschaftsbewegung von Lorenz (Hamburg), die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Neuordnung von Liebmann (Frankfurt a. M.) und die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zur Übergangswirtschaft von Wästlein (Hamburg) behandelt. — Die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine halten im Anschluß an den Genossenschaftstag ihre Generalversammlungen ab.

Gegen die Rückvergütung der Konsumvereine wendet sich ein Rundschreiben des deutschen Städtetages. Es wird umgefragt, ob die Rückvergütung der Konsumvereine Nachteile für die Warenverteilung im ganzen und unerwünschte Nachteile für die Warenverteilung durch die Kleinhändler gehabt habe. Nachdem bereits zwei Städte im einzelnen versucht, den Rabatt der Konsumvereine zu untersagen, wird nunmehr generell im mittelfränkischen Interesse gegen die durch den Rabatt zum Ausdruck kommende Preisermäßigung durch die Konsumvereine Sturm gelaufen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ wendet sich sehr energisch gegen dieses Vorgehen. Mit den Verbrauchern sei während des Krieges schon so gründlich Schindluder gespielt worden, daß man ihre Geduld nicht noch auch auf diese Probe stellen solle.

Die Stärkung ihrer Kapitalkraft haben wieder einige Konsumvereine durch Erhöhung ihrer Geschäftsanteile gefördert. Die Konsum- und Spargenossenschaft Minden erhöhte den Geschäftsanteil von 30 auf 50 M. Der gleiche Beschluß wurde vom Darmstädter Konsumverein gefaßt. Einen noch größeren Sprung nach vorwärts machte der Haushaltsverein Linden, der den Geschäftsanteil von 15 auf 50 M. heraufsetzte.

Die englischen Konsumvereine zeigen neuerdings Bestrebungen, sich direkt am politischen Leben zu beteiligen. Ein praktischer Versuch wurde bei einer Nachwahl zum Britischen Unterhaus unternommen. In einem von der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung stark durchsetzten Gebiet wurde einem Kandidaten verschiedener Parteien ein bekannter Genossenschaftler gegenübergestellt. Der Konsumgenossenschaftler unterlag mit 2882 gegen 8520 Stimmen. Der Ausgang ist für die Freunde der Politisierung der Konsumvereine nicht gerade ermutigend und dürfte dazu beitragen, daß auch in England die Ansicht sich durchsetzt, daß man die Parteipolitik aus den Konsumvereinen besser fernzuhalten hat.

Auf den Ålandsinseln sind einige Konsumvereine, die sich in den letzten Friedensjahren gut entwickelten und Umsätze bis zu 300 000 finnische Mark erzielten. Durch die Kriegsoperationen wurden die Vereine stark in Mitleidenschaft gezogen. Unter anderem haben russische Soldaten die Kasse des Konsumvereins Mariehamn beschlagnahmt.

Die französische Großeinkaufsgesellschaft hat ihren Umsatz, der 1913/14 sich auf 13,7 Millionen belief, im dritten Kriegsjahr (1916/17) auf 26 Millionen Franken gesteigert. Bekanntlich ist der Umsatz der deutschen Großeinkaufsgesellschaft infolge der Ausschaltung durch die deutsche Kriegswirtschaft nicht unwesentlich zurückgegangen.

Der italienische Konsumverein Unione Militare, dessen Mitglieder fast ausschließlich aus Offizieren bestehen, steigerte seinen Umsatz im letzten Jahr von 16,2 auf 36,8 Millionen Lire. Von den 40 Läden befanden sich 8 im besetzten österreichischen Gebiet und dürften inzwischen hinter den österreichischen Linien liegen. Der Umsatz an Lebens- und Genussmitteln betrug 29,3, derjenigen an militärischen Ausrüstungsgegenständen 7,5 Millionen Lire. Die Konsumabteilung erzielte einen Überschuß von über 8 Millionen Lire.

Ab. Rupprecht.